Zeitschrift: Berner Geographische Mitteilungen : Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Bern und Jahresbericht des Geographischen Institutes der Universität Bern

Herausgeber: Geographische Gesellschaft Bern

Band: - (1985)

Artikel: Ausgewählte Probleme der Stadtentwicklung Berns

Autor: Fankhauser, Urs / Glanzmann, Gabriella / Rupp, Marco

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-321371

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ausgewählte Probleme der Stadtentwicklung Berns

Urs Fankhauser, Gabriella Glanzmann, Marco Rupp *

1. Einleitung

Die Stadt Bern überarbeitet zur Zeit ihre Planungsintrumente. Im Vordergrund steht die Revision des Bauklassenplanes aus dem Jahr 1955. Der Bauklassenplan legt die maximale Stockwerkzahl eines Gebäudes fest. Er ist somit indirekt für das Mass der Nutzung in unserer Stadt verantwortlich. Im Zuge der Gesetzesrevision hatte das Geographische Institut die Gelegenheit, einen Grossteil der planerischen Grundlagen zu erarbeiten. Begleitet durch Prof. G. Grosjean und unter der Leitung von Marco Rupp wurden über zwei Jahre hinweg vier Projektpraktika durchgeführt. Diese bildeten gleichzeitig den Ausgangspunkt für acht Seminar- und vier Diplomarbeiten sowie eine Dissertation. Die Diplomarbeiten von Gabriella Glanzmann und Urs Fankhauser seien bei dieser Gelegenheit vorgestellt, währenddem der dritte Autor versuchen wird, die beiden Teilaspekte der Stadtentwicklung in einen Gesamtrahmen zu stellen.

2. Zum Stand der Stadtentwicklung Berns

2.1 Wachstum-Verdichtung-Verdrängung als zyklischer Ablauf (Karte 1).

Die Entwicklung der Stadt im allgemeinen und Berns im speziellen lässt sich idealisiert als Zyklus von Erweiterung, Verdichtung und Erneuerung bzw. Verdrängung darstellen:

Erweiterung im Sinne eines flächenhaften Ansetzens von Jahrringen, von räumlich sichtbarer Expansion, von Eingemeindung, von Zusammenwachsen der Agglomerationsgemeinden.

Verdichten nicht im Sinne von Erhöhen der Ausnützung innerhalb einer Parzelle durch grössere Bauten, sondern im Sinne eines fortscheitenden Auffüllens der Freiräume eines überbauten Gebietes.

Und schliesslich die Erneuerung alter, baufälliger Bausubstanz durch Bauten, die den veränderten Bedürfnissen angepasst sind.

Karte 1 zeigt die oben beschriebene Stadtentwicklung am Beispiel von Bern. Die Stadt Bern ist heute, so wie die meisten grossen Schweizer Städte, an die Grenzen ihrer Erweiterungsmöglichkeiten gestossen. Es bleiben einige wenige, politisch umstrittene Flächen in Bümpliz/Bethlehem sowie in der Schosshalde bzw. im Murifeld. Auch der Verdichtungsprozess erfolgte in den alten Quartieren bereits in der Kriegs- und Zwischenkriegszeit und findet sich heute nur noch in den Randquartieren (vor allem im Osten der Stadt im Bereich von alten herrschaftlichen Landsitzen). Hinsichtlich der Erneuerung ist in den citynahen Quartieren ein erster Schub erfolgt, das Potential für einen zweiten ist noch vorhanden. In einigen Quartieren wie im Mattenhof oder im Nordquartier ist dieses Potential gross, in anderen Quartieren wie im Kirchenfeld, in der Länggasse, in Bümpliz oder im Weissenbühl ist dieses Potential kleiner. Das Monbijou und der Mattenhof stehen zur Zeit in einer nach aussen stark sichtbaren Umstrukturierungsphase. Karte 1 zeigt uns auch die Dynamik in der Stadtentwicklung, wobei klar wird, dass Erweiterung, Verdichtung und Erneuerung, auf ein gesamtes Gebiet wie ein Quartier oder eine Stadt bezogen, drei nicht nacheinander, sondern zum Teil nebeneindander und zum Teil fliessend ineinander verlaufende Prozesse sind.

2.2 Ein Wandel der Wertvorstellungen...

Die Erneuerungs- bzw. Verdrängungsprozesse wurden durch die zeitgenössischen politischen und planerischen Zielvorstellungen unterstützt. Die quantitativen (wirtschaftliches Wachstum) und qualitativen (Mobilität, attraktive Einkaufszentren, Anonymität und hoher technischer Standard im Bereich Wohnen; Hochhäuser als Zeichen des Fortschritts etc.). Zielsetzungen der 50er, 60er und frühen 70er Jahre sind jedoch heute in Frage gestellt. Der Wandel der Wertvorstellungen wurde durch die negativen Auswirkungen der immer mehr durch ökonomische Faktoren beeinflussten Stadtentwicklung hervorgerufen.

* Geographisches Institut der Universität Bern, Hallerstrasse 12, 3012 Bern

2.3 ... führt trotz wachsender wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung der Stadt...

45% oder knapp die Hälfte der Schweizer Bevölkerung lebt in Städten und mehr als die Hälfte (ca. 60%) in städtischen Agglomerationen. Weit grösser ist der Anteil jener, deren Verhaltensmuster typisch "städtisch" beeinflusst ist. Auch die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Städte reicht, durch die Konzentration der Betriebe und der zentralen Dienste, über die politischen Grenzen der Gemeinde und meist auch über die statistische Grenze der Agglomeration hinaus. Die Städte sind heute die eigentlichen "Motoren" der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung.

2.4 ... zu einer inneren Krise derselben

Mit dem räumlichen Anstossen an die politischen Gemeindegrenzen wurde der Suburbanisierungsprozess auch statistisch erfasst und so politisch ins Bewusstsein gerufen. Die heutigen Stadtgemeinden sind durch folgende Prozesse charakterisiert:

- Bevölkerungsverlust;
- Ausdehnung des Citybereichs auf die Quartiere des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, gekennzeichnet durch:
  -Ersetzen der alten Bausubstanz,
  -Funktionswandel der alten Bausubstanz;
- Zunahme des Platzbedarfes im Bereich Wohnen und Arbeiten;
- ansteigende Finanzlasten für öffentliche Ausgaben.

Fazit: Die Stadtgemeinden sind trotz zunehmender wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung in einer Phase des Umbruchs und in einer prekären finanziellen Situation. Ein Beispiel soll dies erläutern: Die Berner Altstadt mag noch so schön geschmückt, saniert und denkmalpflegerisch geschützt werden, noch so gut mit einem funktionalen Schutz in Form des Nutzungszonenplans (Wohnanteilplan) belegt werden, als Stadtteil verliert sie verhältnismässig immer noch am meisten Bewohner (zwischen 1970 und 1980 gut 24%), ganz zu schweigen vom Verlust an Versorgungsfunktionen wie Bäckereien, Metzgereien und anderen Lebensmittelgeschäften.

2.5 Die "Wahl" zwischen Provinz- und Weltstadt

Heute ist das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Städten grösser als das interkantonale und interregionale (Fischer, 1983), d.h. die städtischen Disparitäten üben einen starken Einfluss aus auf die regionalen und kantonalen Disparitäten und nicht umgekehrt. Dieses wirtschaftliche Gefälle zwischen den Haupt-, Mittel- und Kleinzentren hat sich in den letzten zehn Jahren verstärkt.

Von immer grösserer Bedeutung als Bestimmungsfaktor der Stadtentwicklung wird die internationale Wirtschaftsentwicklung: Der hohe internationale Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck (und der damit verbundene Zwang zur Rationalisierung und zur technologischen Erneuerung) begünstigt zunehmend die räumlich funktionale Konzentration. Diese Entwicklung wird durch die zunehmende Ballung höherwertiger Unternehmensfunktionen noch gefördert. Die neuen Möglichkeiten der Telekommunikation werden den bestehenden Trend wahrscheinlich verstärken, zumindest in bezug auf die entscheidungsorientierten Teile der Wirtschaft und der öffentlichen Dienste. Für entscheidungsextensive Arbeitsplätze, so insbesondere für solche des öffentlichen Teils des tertiären Sektors, ist eine Dezentralisierung absolut möglich und erwünscht.

3. Bevölkerungsentwicklung der Stadt Bern seit 1920

3.1 Einleitung

Der Bevölkerungsrückgang in den Städten ist eine allgemein verbreitete Tatsache, auch die Stadt Bern wurde Mitte der Sechzigerjahre von diesem Prozess erfasst. Viel wurde schon geschrieben zu den Ursachen und Folgen der Randwanderung ("Stadtflucht", Bevölkerungsverlagerung aus den Kernstädten in die Agglomerationsgemeinden). An dieser Stelle sollen die wichtigsten Ergebnisse der Diplomarbeit "Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bern seit 1920" zusammengefasst werden. Das besondere Augenmerk gilt dabei den räumlich differenzierten Resul-

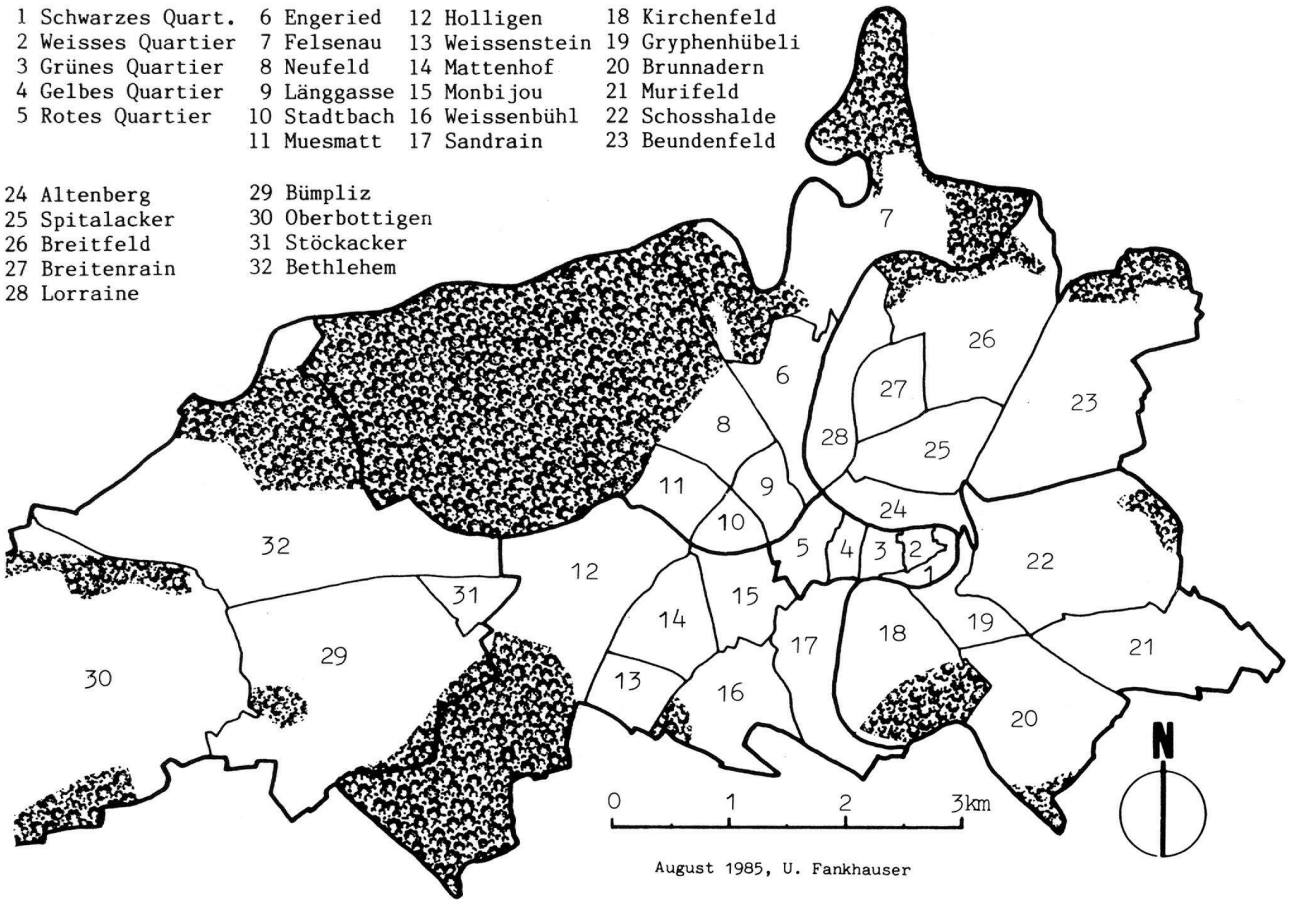


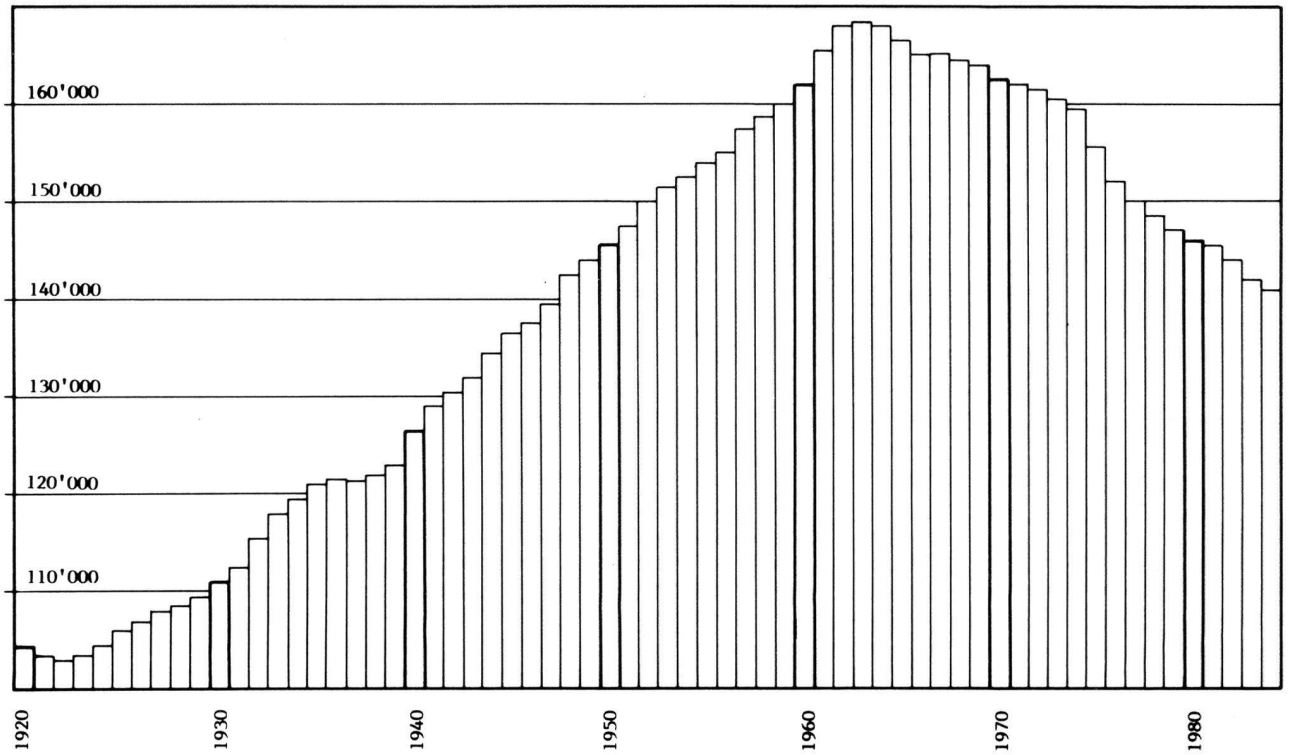
Abbildung 1: Die statistischen Bezirke der Stadt Bern

taten der Bevölkerungsentwicklung. Als räumliche Bezugsebene wurden aus Gründen der Quellenlage die 32 statistischen Bezirke ausgewählt. Da der Bevölkerungsrückgang in erster Linie durch die negativen Wanderungssaldi (Abwanderung grösser als Zuwanderung) entstanden ist, wird in einem gesonderten Abschnitt auf die Wanderungsprozesse eingegangen.

3.2 Gesamtstädtische Bevölkerungsentwicklung seit 1920

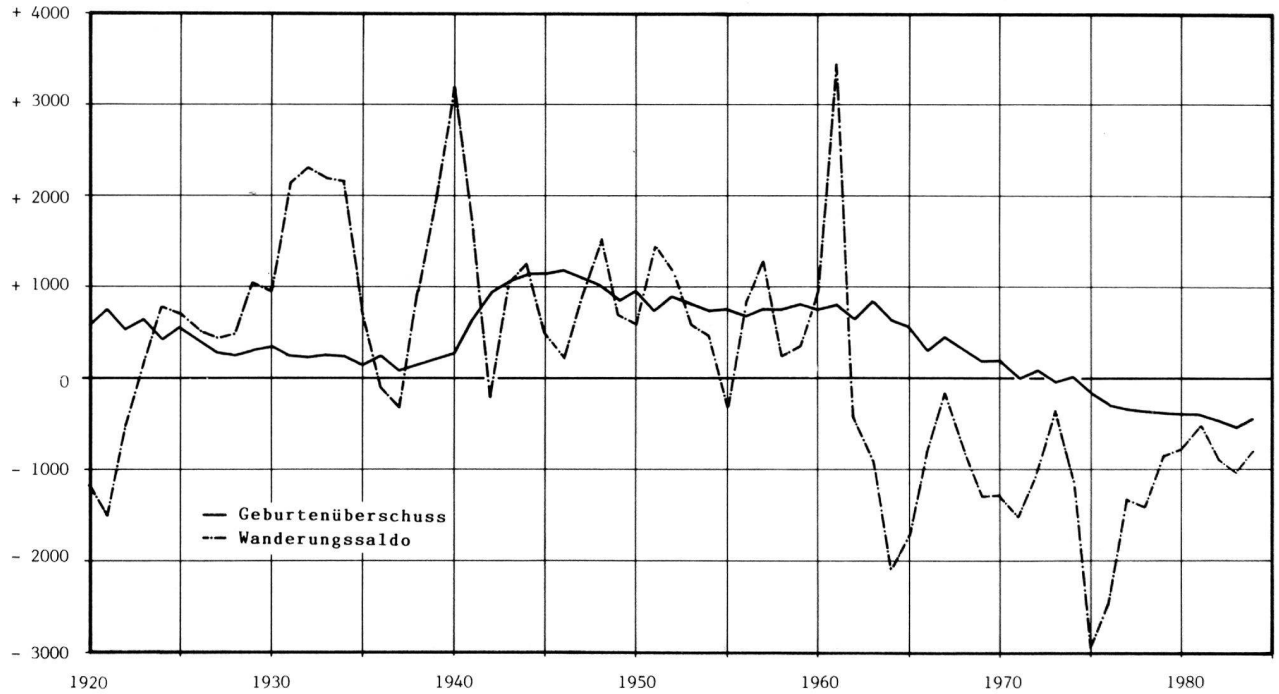
1890 lag die Bevölkerung der Stadt Bern noch unter 50'000 Personen. Durch die Industrialisierung setzte jedoch ein stürmisches Bevölkerungswachstum ein; bis 1920 hatte sich die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt (104'626 Personen, darin inbegriffen die 1919 eingemeindete Bevölkerung von Bümpliz). In der politisch und wirtschaftlich labilen Zwischenkriegszeit verlangsamt sich die Bevölkerungszunahme. Zu Beginn der Zwanziger- und Mitte der Dreissigerjahre treten gar leichte Bevölkerungsabnahmen ein, doch resultiert bis zur Volkszählung von 1941 eine Zunahme auf gut 130'000 Einwohner/innen. Zwischen 1940 und 1963 (mit einer mittleren Wohnbevölkerung von 168'800 Personen das Jahr des Bevölkerungshöchststands) erfolgt eine praktisch lineare Zunahme. Seither hat die Bevölkerung kontinuierlich abgenommen, 1985 lag die Bevölkerungszahl mit unter 140'000 Personen etwa auf dem Stand des Jahres 1945.

Die Bevölkerungsentwicklung setzt sich aus den zwei Faktoren natürliche bzw. räumliche Bevölkerungsbewegung zusammen (Geburtenüberschuss bzw. Wanderungssaldo). Abbildung 3 zeigt, dass der Wanderungssaldo stärkeren Schwankungen ausgesetzt ist. Er erreicht jährliche Spitzenwerte von ±3'000 Personen. Bis in die Sechzigerjahre hinein war der Wanderungssaldo in der Regel positiv, seit 1962 ist er ohne Ausnahme negativ. Es lässt sich errechnen, dass zwischen 1920 bis 1980 32% der Bevölkerungszunahme auf Zuwanderungsüberschüsse zurückgehen. Die langfristige Bevölkerungsentwicklung wird stärker vom Geburtenüberschuss geprägt. Dieser schnellte während der Zeit des 2. Weltkriegs auf sehr hohe Werte



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern, div. Jahrgänge — Urs Fankhauser, 1985

Abbildung 2: Jährliche Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bern seit 1920 (mittlere Wohnbevölkerung)



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern, div. Jahrgänge — Urs Fankhauser, 1985

Abbildung 3: Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss in der Stadt Bern seit 1920

(jährliche Geburtenrate fast 2%). Vielfältige Veränderungen im sozialen Verhalten führten jedoch zu rapidem Absinken der Geburtenzahlen (Pillenknick", seit 1950 Halbierung der Heirats- und Verdoppelung der Scheidungsrate). Da sich die Sterberate nicht wesentlich veränderte, nahm der Geburtenüberschuss stark ab und ist seit Mitte der Siebzigerjahre ebenfalls negativ. Insgesamt ist jedoch der Bevölkerungsverlust der Stadt Bern seit 1963 primär durch die Abwanderung verursacht.

3.3 Bevölkerungsentwicklung nach statistischen Bezirken

Natürlich verlief die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bern entsprechend den unterschiedlichen Stadtentwicklungsetappen nicht in allen Quartieren gleich. Dies zeigt schon der Vergleich auf der Ebene der sechs Stadtteile: währenddem die Bevölkerung im Stadtteil I (Altstadt, stat. Bezirke 1-5) zwischen 1920 und 1980 um fast 75% abnahm, vervielfachte sie sich im Stadtteil VI (Bümpliz-Oberbottigen) im gleichen Zeitraum von 6'556 auf 35'615 Personen.

Ein noch differenzierteres Bild zeigt die Bevölkerungsentwicklung in den 32 statistischen Bezirken. Diese ist in Karte 2 (im Anhang) dargestellt. Eine Besonderheit stellen die 5 Altstadtbezirke dar. Hier ist die Bevölkerung seit 1920 unausgesetzt rückläufig, der Bezirk 4 Gelbes Quartier hat sich praktisch entvölkert. Für die übrigen statistischen Bezirke lässt sich die Gesetzmässigkeit feststellen, dass der Bevölkerungsrückgang um so früher einsetzt, je zentrumsnäher der Bezirk liegt. Nach 1960 verzeichneten nur noch 4 statistische Bezirke ein Bevölkerungswachstum: die Bezirke 21 Murifeld und 22 Schosshalde am östlichen Stadtrand sowie die Bezirke 29 Bümpliz und 32 Bethlehem am westlichen Stadtrand. Alles Bezirke, wo versucht wurde, mit gewaltigen Neubauleistungen die Abwanderung aus der Stadt aufzufangen. Über die ganze untersuchte Periode hinweg relativ stabil blieb der Bevölkerungsbestand in tendenziell sozial gehobenen Quartieren mit überwiegender Wohnnutzung (6 Engeried, 10 Stadtbach, 13 Weissenstein, 19 Gryphenhübeli und 24 Altenberg). Der bevölkerungsreichste Bezirk ist Bümpliz mit fast 20'000 Einwohner/innen, dies obwohl 1962 die statistischen Bezirke 31 Stöckacker und 32 Bethlehem von ihm abgetrennt worden waren.

Bezirksweise Daten über Geburtenüberschuss und Wanderungsbewegung wurden erst seit 1968 erhoben. Im Zeitraum 1968 - 1984 resultierten in den meisten statistischen Bezirken negative Werte für den Gesamtgeburtenüberschuss als auch in der Wanderungsbilanz. Namhafte positive Werte ergeben sich in diesem Zeitraum nur in den Bezirken 21 Murifeld (Zuwanderungsüberschuss), 32 Bethlehem (Geburtenüberschuss) sowie 29 Bümpliz (Geburtenüberschuss und positive Wanderungsbilanz). Auf die Wanderungsprozesse in den statistischen Bezirken soll weiter unten noch ausführlicher eingegangen werden.

3.4 Wanderunsprozesse seit 1965

Seit 1962 ist der jährliche Wanderungssaldo der Stadt Bern ohne Ausnahme negativ (vgl. 3.2). In absoluten Zahlen betrug der Abwanderungsüberschuss ca.1500 Personen/Jahr. Es darf nicht vergessen werden, dass dieser Wert nur die Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung ausdrückt. Die Zahl der gewanderten Personen (Wanderungsvolumen) liegt viel höher: 1984 wechselten insgesamt 36'719 Personen - mithin ein Viertel der Bevölkerung - ihren Wohnsitz (13'329 Weggezogene, 12'531 Zugezogene, 10'859 innerstädtische Umzüge).

Der negative Aussenwanderungssaldo wird in erster Linie durch das Wanderungsverhalten der Altersklasse 20-39 Jahre verursacht. Zwar sind mit Ausnahme der 16-19-jährigen (Zuwanderungsüberschuss; Stadt als Ausbildungsort) sämtliche Altersklassen am Zustandekommen des negativen Wanderungssaldos beteiligt, aber der Abwanderungsüberschuss der 20-39-jährigen fällt am stärksten ins Gewicht. Die Mobilität der über 40-jährigen liegt generell tiefer.

Unterschieden nach Nationalität fällt auf, dass die ausländische Wohnbevölkerung in der Regel einen Zuwanderungsüberschuss verzeichnet (mit Ausnahme der Rezessionsjahre 1974-78). Hingegen war der Wanderungssaldo der Schweizer/innen seit 1965 mit einer Ausnahme negativ. Interessanterweise erfolgten die stärksten Abwanderungsverluste in der Zeit unmittelbar vor der Wirtschaftskrise, welche die Eigentumsbildung und somit den Traum vom Eigenheim im Grünen erschwerte.

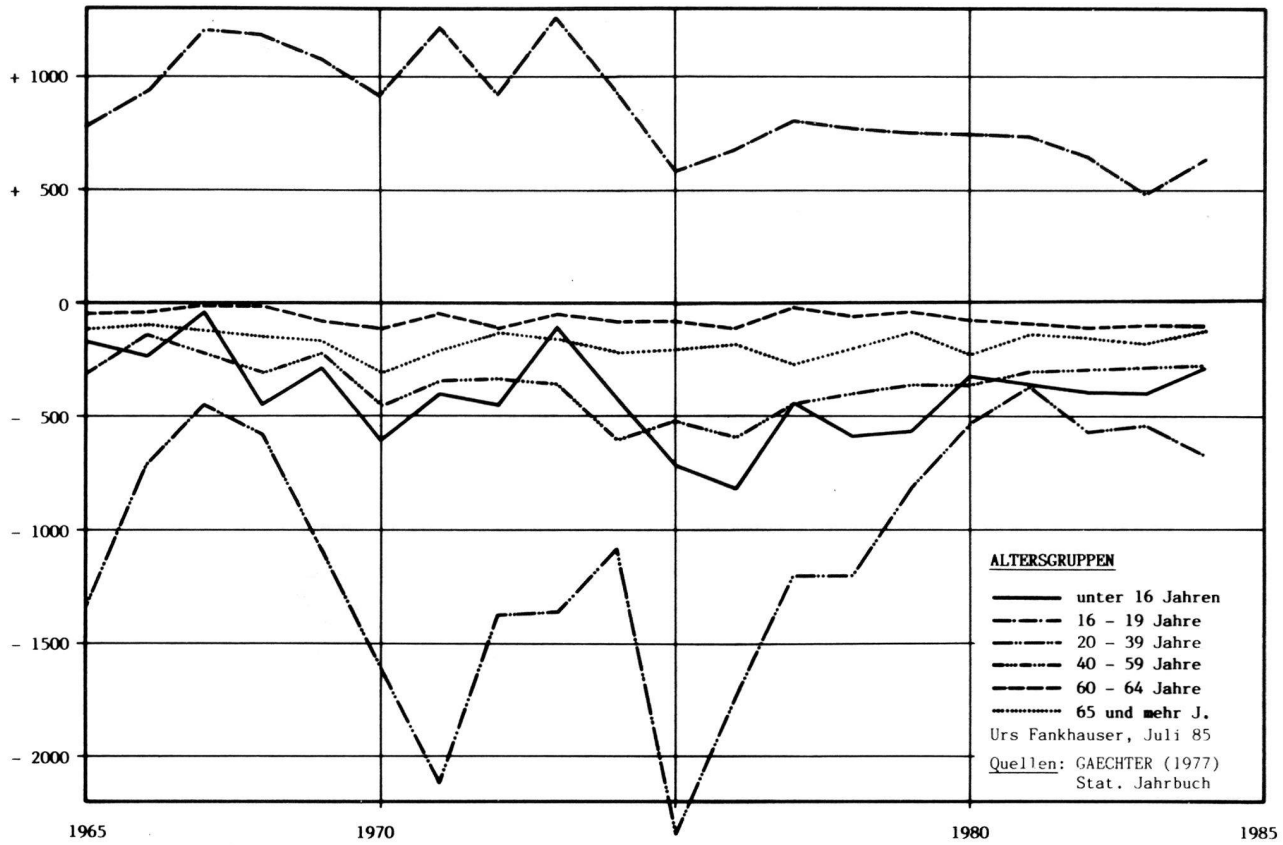


Abbildung 4: Saldi der Aussenwanderung nach Altersklassen seit 1965

Seit 1971 lässt die Statistik die Unterscheidung der Aussenwanderung in 4 Wanderungsströme (Nach Zielort bzw. Herkunft der Gewanderten) zu. Abbildung 5 zeigt, dass in der gesamten untersuchten Periode die Abwanderung in die Region Bern (Nahwanderung) dominiert. Im Wanderungaustausch mit dem übrigen Kanton, der Schweiz und dem Ausland erzielt die Stadt Bern in der Regel sogar positive Wanderungssaldi (Ausnahme: rezessionsbedingte Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer/innen 1975-79).

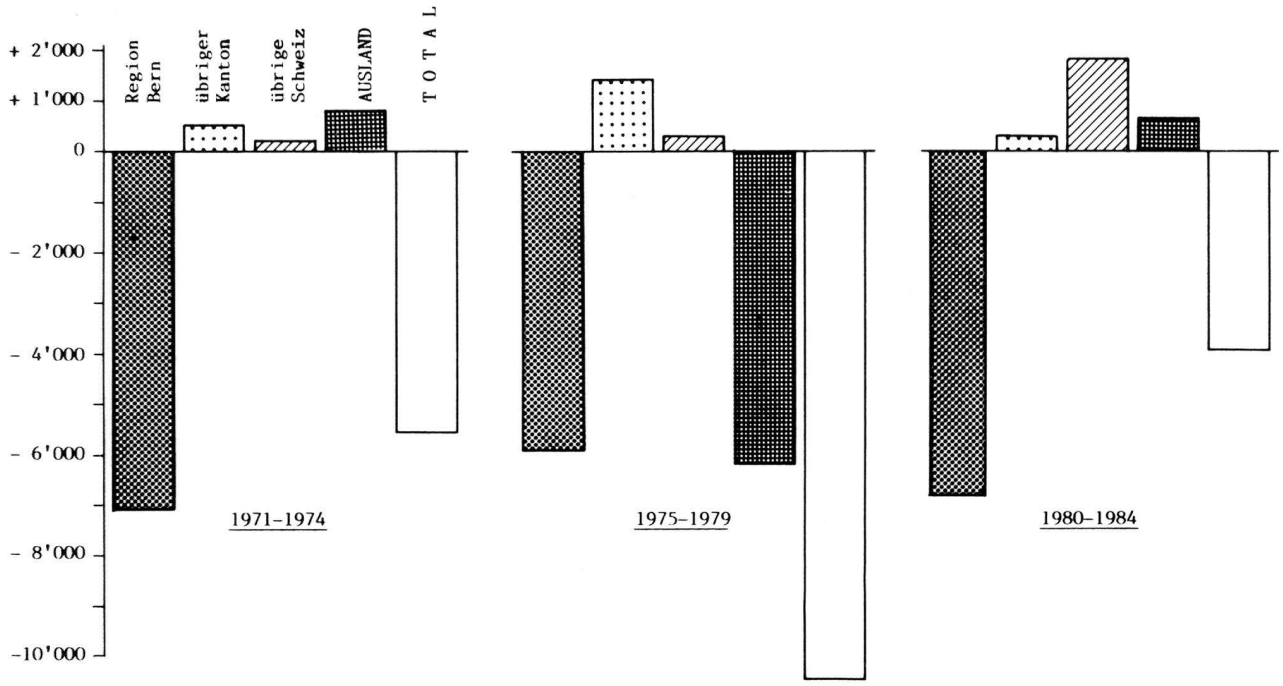
Gächter (Gächter, 1982) weist nach, dass Familien am Abwanderungsprozess in die Region überproportional vertreten sind. Als Motive für die Nahwanderung dominieren Wohnungs- bzw. wohnumfeldbedingte Gründe.

3.5 Binnen- und Aussenwanderung nach statistischen Bezirken

Analog zur räumlichen Differenzierung der Bevölkerungsentwicklung sollen hier auch die Wanderungsprozesse gesondert nach statistischen Bezirken betrachtet werden. Es gilt zu beachten, dass der Wanderungssaldo der statistischen Bezirke nicht nur durch Aussenwanderung (Wanderung über die Stadtgrenzen), sondern auch durch die Binnenwanderung (innerstädtische Umzüge) zustandekommt.

Bezirksweise Wanderungsdaten sind seit 1968 verfügbar. In der Gesamtbilanz 1968 - 1984 weisen nur gerade 4 statistische Bezirke einen positiven Wanderungssaldo auf (Summe aus 17 Aussen- und Binnenwanderungssaldi): 21 Murifeld (+ 1'902 Personen), 29 Bümpliz (+ 1'758), 24 Altenberg (+201) und 6 Engeried (+52). Alle übrigen Bezirke erlitten zwischen 1968 - 84 durch die Summe von Aussen- und Binnenwanderung Bevölkerungsverluste. Bei insgesamt 9 Bezirken betrug dieser Verlust über 1'500 Personen: 7 Felsenau, 8 Neufeld, 11 Muesmatt, 12 Holligen, 14 Mattenhof, 15 Monbijou, 16 Weissenbühl, 25 Spitalacker und 26 Breitfeld. In Karte 3 (s. Anhang) wurden die Gesamtwanderungssaldi in zweierlei Hinsicht differenziert: Es wird unterschieden nach Aussen- und Binnenwanderungssaldo und zwar jeweils in 3 Fünfjahresperioden (1968-72; 1973-77; 1978-

82). Erwartungsgemäss hat die Mehrzahl der statistischen Bezirke in allen drei Perioden einen negativen Aussenwanderungssaldo, da ja der gesamtstädtische (Aussen-) Wanderungssaldo seit den Sechzigerjahren stets negativ war. Es gibt nur zwei Bezirke, die in allen drei Perioden Gewinne aus der Aussenwanderung erzielten: 5 Rotes Quartier (oberste Altstadt) und 24 Altenberg. Zwischen 1968 und 1972 verzeichneten zusätzlich die Bezirke 4 Gelbes Quartier und 29 Bümpliz Aussenwanderungsgewinne; 1973-77 21 Murifeld und 30 Oberbottigen. In der Periode 1978-82 zeigte sich eine deutliche Zunahme der Bezirke mit positiven Aussenwanderungssaldi. Ausser den Bezirken 5, 21 und 24 verzeichneten nun auch



Quelle: eigene Berechnungen

Urs Fankhauser, 1985

Abbildung 5: Saldi der Aussenwanderung nach Herkunfts- und Zielorten der Gewanderten (Fünfjahresklassen)

die zwei unteren Altstadtbezirke 2 und 3 sowie die zentrumsnahen Bezirke 9 Länggasse, 10 Stadtbach, 15 Monbijou, 18 Kirchenfeld und 19 Gryphenhübeli Bevölkerungszunahmen aus der Aussenwanderung. Neben peripheren Neubaugebieten sind es also in zunehmendem Masse zentrale bzw. zentrumsnahe Bezirke, die aus der Aussenwanderung Bevölkerungszunahmen erzielen. Absolut gesehen fallen die positiven Aussenwanderungssaldi jedoch kaum ins Gewicht, in der Regel liegen sie in einem Bereich von unter 50 Personen/Jahr.

Grundsätzlich anders präsentiert sich das Bild bei der Binnenwanderung; da die Summe aller Binnenwanderungssaldi Null ergibt, haben erwartungsgemäss mehr Bezirke Bevölkerungszunahmen aus der Binnenwanderung zu verzeichnen. Von 1968-72 haben 12 Bezirke einen positiven Binnenwanderungssaldo; 1973-77 sind es 14 und 1978-82 16 Bezirke (genau die Hälfte). Tendenziell verläuft also die Binnenwanderung zunehmend dispers: 1968-72 verzeichnete der Stadtteil VI Bümpliz noch 80% der Binnenwanderungsgewinne, im Zeitraum 1978-82 jedoch nur noch 30%. Im Gegensatz zur Aussenwanderung verläuft die Binnenwanderung nicht zentrumgerichtet, sondern in Bezirke rings um das Stadtzentrum oder in periphere Neubaubezirke.

Nur die vordere Länggasse (Bezirke 9 und 10) sowie der Bezirk 21 Murifeld hatten von 1978-82 Bevölkerungsgewinne aus Aussen- und Binnenwanderung zu verzeichnen. Demgegenüber sind die Bezirke 7 Felsenau, 8 Neufeld, 12 Holligen, 16 Weissenbühl und 25 Spitalacker ausgeprägte Abwanderungsgebiete: sie wiesen in keiner der drei untersuchten Perioden positive Wanderungssaldi auf.

3.6 Bevölkerungsrückgang nicht aufzuhalten?

Der Bevölkerungsverlust der Stadt Bern hat für diese eine Reihe von Nachteilen. Deshalb liegt es im Interesse der Stadt, den Abwanderungsprozess zu stoppen. Ganz allgemein konzentrieren sich immer mehr Arbeitsplätze in der Stadt, währenddem die Bedeutung ihrer Wohnfunktion zurückgeht. Ökologisch belastende und ökonomisch fragwürdige Pendelwanderungen sind die Folge des Entmischungsprozesses. Die Unterhaltskosten zentraler städtischer Einrichtungen müssen von immer weniger Steuerpflichtigen getragen werden; der regionale Finanzausgleich vermag diese Entwicklung nicht aufzufangen. Da die Abwanderung demographisch und sozial selektiv verläuft (die Stadt wird tendenziell von jüngeren Personen mit eher höherem Einkommen/Bildungsgrad verlassen), verändert sich nicht nur die Bevölkerungsstruktur. Augenfälligstes Beispiel ist die Überalterung der städtischen Bevölkerung: 1960 waren 11% der Einwohner/innen über 65 Jahre alt, 1980 bereits 19,4%; im gleichen Zeitraum sank der Anteil der unter 20-jährigen von 25,4% auf 18,8%.

Untersuchungen im In- und Ausland förderten übereinstimmend Unzufriedenheit mit der Wohnsituation als Triebfeder des Abwanderungsprozesses zutage. Dabei bezieht sich die Kritik sowohl auf die Wohnung selbst (Preis, Grösse) als auch auf das Wohnumfeld (Lage, Immissionen). Die Entwicklung in den letzten 20 Jahren - Bevölkerungsverluste von ca. 15% bei gleichzeitigem Wohnungsreinzuwachs von ca. 25% - zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die Abwanderung mit quantitativen Massnahmen nicht zu stoppen ist. Auch wenn man berücksichtigt, dass der Anteil der Kleinwohnungen stark angestiegen ist, bleibt doch die Tatsache, dass der Wohnflächenbedarf je Person enorm gestiegen ist. Zwei Zahlen sollen die Tiefe der Problematik aufzeigen: Zwischen 1960 und 1980 ist der Anteil der Einpersonenhaushalte in der Stadt Bern von 17% auf 42% angestiegen; 1980 waren es ca. 45% der Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern nur durch eine oder zwei Personen bewohnt.

Angesichts der marktwirtschaftlichen Organisation des Wohnungsmarkts sind steuernde Eingriffe durch die Stadtbehörden nur äusserst beschränkt möglich. Diese Situation sollte dem schon so oft postulierten Umdenken endlich zum Durchbruch verhelfen: längerfristig ist der "Stadtflucht" nur mit qualitativen Massnahmen beizukommen. Also nicht Verbetonierung der letzten Baulandreserven, sondern Hebung der städtischen Lebensqualität durch breit gefächerte Massnahmen. Dazu gehören Strukturaufwertungen in den Quartieren (Hinterhofsanierungen, Wohnstrassen, Ausweitung von Grün- und Freiflächen, Eliminierung störender Nutzungen etc.) ebenso wie die Reduktion verkehrsbedingter Immissionen (Eindämmung des privaten und Förderung des öffentlichen Verkehrs).

4. Wohnsituation in der Stadt Bern

4.1 Wohnen, eine Grunddaseinsfunktion

Wohnen ist für die menschliche Existenz von grundlegender Bedeutung. Es ist eine der sieben Grunddaseinsfunktionen, die in ihrer räumlichen Ausprägung den Lebensraum des Individuums, der Gemeinschaft und der Gesellschaft bestimmt. Wohnen erfordert Planen und Bauen. Sämtliche Verdichtungs-, Verdrängungs- und Umstrukturierungsprozesse sind raumrelevant und lösen ihrerseits wieder raumrelevante Prozesse, wie Bevölkerungsbewegungen, soziale Umschichtungen und Verkehrsflüsse aus.

4.2 Der städtische Wohnungsmarkt

Die Wohnungsproduktion in der Stadt Bern steigt ständig an. Im Prinzip wäre für Bern die Wohnungsversorgung gewährleistet. Trotzdem besteht aber eine unbefriedigende Situation auf dem städtischen Wohnungsmarkt. Die Nachfrager haben Mühe, ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Wohnungsagebot zu finden. Sie wandern in die Agglomerationsgemeinden ab.

Folgende Faktoren prägen den städtischen Wohnungsmarkt:

- Das Wohnungsangebot entspricht nicht der Nachfrage. Gefragt sind preiswerte Wohnungen durchschnittlicher Ausstattung und nicht teure Luxuswohnungen.
- Die Mieterschutzgesetzgebung führt zu einem gespaltenen Wohnungsmarkt. Eine Mietzinsanpassung im grösseren Rahmen kann nur bei einem Mieterwechsel vorgenommen werden. Somit ist ein dem Lebenszyklus angepasster Wohnungswechsel nicht mehr möglich, ohne dass sich die Wohnbaukosten gewaltig verteuern: Die ältere und alleinstehende Bevölkerung bleibt in den raltiv günstigen Gross-

wohnungen, selbst wenn diese ihren Bedürfnissen nicht mehr entsprechen. Eigentlich bestünde für sie ein Bedarf an Kleinwohnungen. Da für Kleinwohnungen aber beträchtlich höhere Mieten bezahlt werden, nehmen sie keinen Wohnungswechsel vor. Die von zu Hause weggezogenen jungen Leute müssen und können für solche erhöhte Kosten in den meisten Fällen aufkommen. Die jungen Familien mit Kindern jedoch sind auf einem solchen gespaltenen Wohnungsmarkt nicht mehr konkurrenzfähig und müssen ihre Wohnungsnachfrage auf die Agglomerationsgemeinden verlagern.

- Der Nachfrager muss bereit sein, wenn er in der Stadt wohnen will, für wenig Wohnraum hohe Mietzinse zu bezahlen. Der gespaltene Wohnungsmarkt sowie die begrenzten Möglichkeiten, das Wohnraumangebot zu erhöhen, führen dazu, dass die offen angebotenen Wohnungen etwa 50 - 100% teurer sind, als eine Durchschnittsmiete der betreffenden Wohnungsklasse.
- Eine steigende Nachfrage nach Boden lässt die Bodenpreise und somit auch die Liegenschaftspreise in die Höhe steigen. Die Hauseigentümer überwälzen den Marktwert von Boden und Liegenschaft auf den Mietzins. Hohe Preise können aber auch zum Abbruch von Gebäuden führen, nämlich dann, wenn der absolute Wert des Gebäudes dessen Ertragswert übersteigt.
- Liegenschaften sind heute eine sichere Kapitalanlage. Man rechnet, dass diese Tendenz langfristig unverändert bleibt. Kurzfristig ist es möglich, dass auch Immobilien Werteinbussen erfahren können (Fides, 1984). So haben wir in Bern wie auch in anderen Schweizerstädten trotz Wohnungsnot eine Leerwohnungsziffer. Vermieter von Neubauten haben je länger je mehr Mühe, ihre Objekte zu vermieten. Die Mietzinse an zentralen Lagen sind für viele unerschwinglich. Oft können Verluste nur durch Zweckentfremdung der Wohnungen (z.B. in Büros und Praxen) vermieden werden.
- Der Bruttowohnflächenbedarf ist in den letzten Jahren stark gestiegen, nämlich auf durchschnittlich 40 m^2 pro Person. Einerseits werden in der heutigen Zeit vermehrt Kleinwohnungen gebaut. Diese treiben mit ihrem für jede Wohnung benötigten Nichtwohnnutzungsanteil (Küche, Bad, WC) die Werte der durchschnittlichen Bruttogeschossfläche in die Höhe. Andererseits und von weit grösserem Gewicht ist die allgemeine Unterbelegung der Wohnungen, hervorgerufen durch ein geändertes Wohnverhalten (früherer Wegzug der Kinder etc.). Die Bewohner bedürfen je nach Stand im Lebenszyklus unterschiedlich grosser Wohnungen. Eine Bedarfsanpassung findet aber nicht immer statt, so dass eine zunehmende Anzahl von Kleinhaushaltungen grosse Wohnungen belegt.

An Hand der Wohnungsstruktur soll im Folgenden die städtische Wohnraumproblematik illustriert werden.

Obwohl in der Stadt ein vermehrtes Angebot an Kleinwohnungen (Ein- und Zweizimmerwohnungen) gegenüber dem ländlichen Raum angebracht ist, sollte ein bestimmtes Mass nicht überschritten werden. Abbildung 6 zeigt die räumliche Verteilung der Wohnungsstruktur in den verschiedenen Volkszählungsquartieren der Stadt Bern. Ein eindeutiges Schwergewicht an Kleinwohnungen zeichnet sich in der Altstadt und einigen angrendzenden Quartieren ab. An Lagen mit hohen und höchsten Bodenpreisen entsteht durch Neubau und Sanierungen eine Ueberzahl an Kleinwohnungen. Diese bilden für den Investor die produktivste Art der Wohnnutzung, weil sie die höchste Rendite abwerfen. Ihre vielfach sehr hohen Mietpreise bewirken, dass Kleinhaushalte mit durchschnittlichem Einkommen die Miete nicht zu bezahlen vermögen und ihre Nachfrage auf die Mittelwohnungen verlagern. Sie werden somit zu direkten Konkurrenten der Familien, da Kleinhaushalte vielfach zahlungskräftiger sind. Die teuren Kleinwohnungen werden von Haushalten der höheren Einkommensschichten belegt. Für sie können solche Wohnungen im Stadtzentrum zum sozialen Prestige werden.

4.3 Die Wohnraumverdrängung

Die Verdrängung von Wohnraum durch Zweckänderung von Gebäudeeinheiten zugunsten einer wohnfremden Nutzung wird in politischen Diskussionen öfters als eines der Hauptargumente für die prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt angeführt. Es können grundsätzlich zwei Arten von Wohnraumverdrängung unterschieden werden: Einerseits die stille Umnutzung, die ohne Kenntnisse der Behörden erfolgt, andererseits die legale, mittels Baugesuch bewilligte Umnutzung.

Die stille Umnutzung ist bei der heutigen Datenlage nur durch Schätzungen und Ueberschlagsrechnungen annähernd fassbar. Sie beträgt höchstens 1% der gesamten

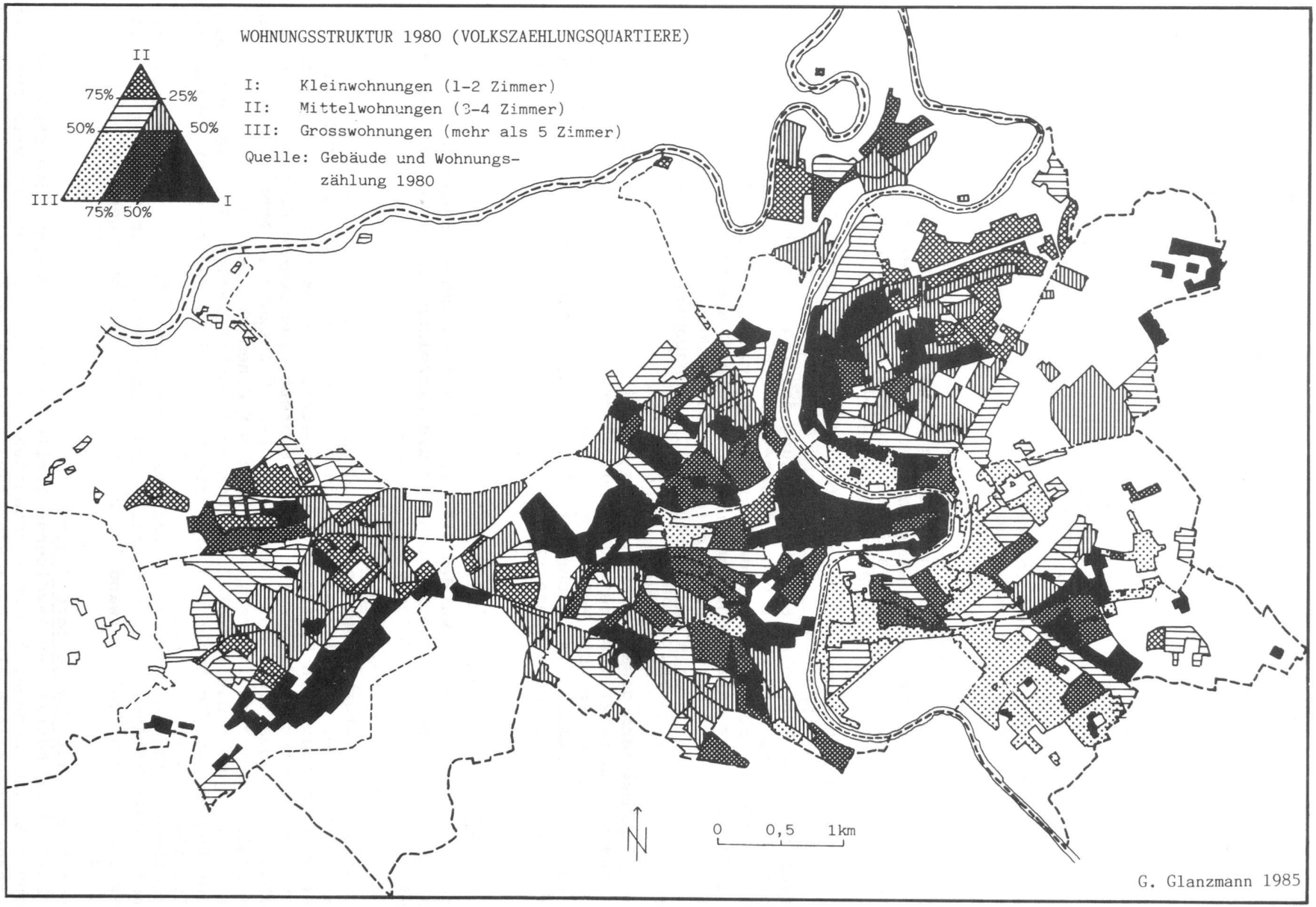


Abbildung 6: Wohnungsstruktur 1980 nach Volkszählungsquartieren (VZQ)

Bruttogeschossfläche und ist somit für die gespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht sehr relevant.

Die legale Umnutzung von Wohnraum in Nichtwohnnutzung, meistens in Büros und Geschäftsräume, erfolgt durch eine bauliche Veränderung. Dabei wird das Umnutzungspotential, welches der Differenz zwischen der effektiv realisierten und des im Nutzungszonenplan maximal erlaubten Anteils an Nichtwohnnutzung eines Gebäudes entspricht, ausgeschöpft. Umnutzungspotentiale sind vor allem noch in den Nutzungszonen Wb und WGA vorhanden. In Wohnquartieren wurden die Gebäude an grösseren Achsen und an zentraleren Quartierlagen den Zonen Wb oder Wga zugeteilt. Damit bestehen an diesen Orten die Möglichkeit, einen erhöhten Nichtwohnnutzungsanteil zu realisieren. Dieses Umnutzungspotential wird vor allem in dem unter starkem Citydruck stehenden Gebiet des Mattenhof-Monbijou-Quartiers ausgenützt. Unter dem starken Anstieg der Bodenpreise werden bestehende Gebäude mit Umnutzungspotential durch Neubauten ersetzt oder aufwendig saniert. Um noch eine Rendite erzielen zu können, wird nur noch der gesetzlich geforderte minimale Wohnnutzungsanteil erstellt oder aber der zusätzlich neu erstellte Wohnrum wird zu höchsten Preisen vermietet. An zentralen Lagen jedoch kann die Wohnnutzung nicht kostendeckend realisiert werden, so dass die Kosten auf den Nichtwohnnutzungsanteil überwälzt werden müssen.

Die Kontrolle der Umnutzung ist mit Problemen verbunden. Der vor Inkrafttreten des Nutzungszonenplanes (1976) entstandene Nichtwohnnutzungsanteil eines Gebäudes hat Bestandesgarantie, selbst wenn er den gesetzlich erlaubten Anteil überschreitet. Bei Inkraftsetzung des Nutzungszonenplanes wurde aber nirgends festgehalten, welche Gebäude unter die Bestandesgarantie fallen.

Eine Bilanz der Wohnraumverdrängung aufgrund der bewilligten Baugesuche von 1975 - 1982 für die Zonen Wga, Wgb, IG und GG sieht folgendermassen aus: Gesamtstädtisch gesehen (ohne Berücksichtigung der Innenstadt) steht in diesen Zonen ein Wohnnutzungsverlust von 9'126 m^2 BGF einem Wohnnutzungsgewinn von 37'575 m^2 BGF gegenüber, was einem Nettozuwachs von 28'499 m^2 BGF an Wohnnutzung bedeutet. Dies entspricht einem Wohnraumbedarf von über 700 Personen. Zwei Drittel des Wohnnutzungsverlustes erfolgten durch Umbauten, der Wohnnutzungsgewinn stammt grösstenteils aus Neubauten. Die Konsequenz ist, dass der neu erzielte Wohnraum teuer ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sowohl die legale wie auch die stille Umnutzung nur begrenzt als Ursache der gegenwärtigen Wohnraumverknappung betrachtet werden können. Die Wohnraumverdrängung findet nicht durch Nichtwohnnutzung statt, sondern sie beschränkt sich auf die Verdrängung von günstigem Wohnraum durch eine teure Wohnnutzung. Ansonsten ist ein Wohnraumgewinn zu verzeichnen.

4.4 Auswirkungen der aktuellen Wohnsituation

Die gegenwärtige Situation auf dem städtischen Wohnungsmarkt benachteiligt vor allem Familien, doch sie bleibt auch für die einzelnen Quartiere und für die gesamte Stadt nicht ohne Folgen.

- Auswirkungen auf die Quartiere

In Quartieren mit stark vorhandenem Baudruck vermindert sich die Wohnqualität. Einerseits wird der günstige Wohnraum durch exkulusiven Wohnraum verdrängt. Dieser wird meistens von Erwerbstätigen genutzt, so dass sich die Quartiere tagsüber entvölkern. Andererseits verschlechtert eine starke Umstrukturierung innerhalb eines Quartiers das Wohnumfeld. Eine Umnutzung in Arbeitsplätze bringt ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, verbunden mit einem starken Immissionsanstieg mit sich. Auch muss das Parkplatzangebot vergrössert werden. Parkplätze werden oft auf Kosten von Vorgärten und Grünflächen erstellt, was zu einer Verminderung der Quartieridentität führt.
Nichtwohnnutzungen in Wohnzonen können einzelne Wohnteile voneinander isolieren und Wohninseln bilden. Die Wohnfunktion und Wohnversorgung im Quartier wird erschwert, Zeit- und Kostenaufwand für die täglichen Versorgungen der Bewohner nehmen zu.

- Auswirkungen auf die gesamte Stadt

Die Abwanderung bestimmter Bevölkerungsteile führt zu diversen, die Stadt belastenden Erscheinungen, zu den sogenannten externen Effekten. So wird der Stadt bedeutendes Steuerpotential entzogen. Ihre Infrastrukturleistungen (z.B. öffentlicher Verkehr), deren Kosten die geschrumpfte städtische Bevölkerung zu tragen

hat, steigen stetig an. Oftmals sind die Hauptnutzniesser dieser Leistungen aber die Bewohner der Agglomeration.

Die Agglomerationsbewohner arbeiten mehrheitlich in der Stadt, was zu einer starken Pendlerbewegung, verbunden mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen führt. Die Immissionen belasten die städtische Umwelt und beeinträchtigen die Wohnqualität.

Da vielfach Familien wegziehen, hat es in der Stadt eine vermehrte Anzahl älterer Leute sowie vom Elternhaushalt weggezogener junger Leute. Letztere verbringen in der Stadt einen Teil ihrer Ausbildungszeit; nicht alle von ihnen gedenken aber, sich für immer in der Stadt niederzulassen. Sie haben selten ein Interesse am politischen Geschehen in der Stadt; sie engagieren sich dementsprechend wenig für die städtischen Angelegenheiten.

4.5 Massnahmen zur Verbesserung der gegenwärtigen Wohnsituation

Die Stadt Bern sieht sich gezwungen, die gegenwärtige Lage auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, wenn sie nicht weitere Bevölkerungsverluste erleiden will. Neben der gesamtstädtischen Wohnungsmarktlage spielt auch die Wohnqualität in den einzelnen Quartieren für die Förderung der Wohnattraktivität eine wesentliche Rolle.

Zur Verbesserung der Wohnungsmarktlage und zur Erhaltung von homogenen Wohngebieten liegt es im Interesse der Stadt, folgende Massnahmen zu ergreifen:

- Bekämpfung der Spekulation, indem sie sich bei Handänderungen ein Vorkaufsrecht erwirbt.
- Umzonung und Verkleinerung der Zonen mit hohen Nichtwohnnutzungsanteilen in Wohngebieten, indem diese Zonen in Zonen mit höherer Wohnnutzung umgezont werden.
- Effiziente Handhabung des Nutzungszonenplanes, indem die Bestandesgarantie aufgehoben und durch ein Sonderbewilligungsverfahren ersetzt wird.
- Erhaltung von Quartieren mit noch bestehender Wohneignung als Wohnzellen. Die Gebäude müssen von ihrer Bauart, Ausstattung und Wohnungsstruktur her zum Wohnen geeignet sein und gewisse wohnhygienische Normen erfüllen. Weiter soll das physische Wohnumfeld sowohl in qualitativer wie in funktioneller Hinsicht für die Wohnnutzung geeignet sein. Ebenfalls von Bedeutung, vor allem für die nicht so mobile Bevölkerung (Familien mit kleinen Kindern, ältere Leute) die Erhaltung des sozialen Wohnumfeldes.
- Erhaltung der Bausubstanz mit noch günstigem Wohnraum sowie die Subvention und Erstellung von Wohnraum.
- Beachtung einer minimalen Belegungsdichte bei städtisch subventionierten Wohnungen.
- Bereitstellung von güstigen Kleinwohnungen in allen Kleinquartieren sowie finanzielle Umzugsbeihilfen, so dass ein dem Lebenszyklus angepasster Wohnungswechsel für die ältere Generation attraktiv wird.
- Entwurf eines regionalen Siedlungskonzepts, zusammen mit den Agglomerationsgemeinden.

4.6 Abschliessende Bemerkungen

Aus den vorangehenden Ausführungen geht hervor, dass neben den ökonomischen Faktoren vor allem auch die gesellschaftlichen Wertvorstellungen Einfluss auf das Wohnverhalten der Leute ausüben. Diese Wertvorstellungen werden durch die wirtschaftliche Stellung des Einzelnen und der Gesellschaft geprägt. Es ist die Aufgabe der Planung, diese Wertvorstellungen zu beeinflussen, indem sie der Politik und jedem Einzelnen den heutigen verschwenderischen Umgang mit der Wohnfläche bewusst macht und mit geeigneten Massnahmen einen kleineren Wohnflächenverbrauch zu fördern versucht.

Quelle: Eigene Berechnungen
< 0,250
0,251 - 0,750
0,751 - 1,250
1,251 - 1,750
1,751 - 2,500
> 2,500
50
Anzahl VZQ nach Klassen
0
1km
N

5. Zukünftige Probleme der Stadtentwicklung und ihre Früherkennung durch die Geographie

5.1 Die Bedeutung der Früherkennung

In den letzten 30 Jahren setzten sich insbesondere die wirtschaftlichen Bestimmungsfaktoren durch, nicht zuletzt, weil sie einen Grossteil der gesellschaftlichen Bedürfnisse nach mehr Mobilität und Wohnungskomfort abdeckten. Die Anerkennung der wirtschaftlichen Entwicklung als "Motor" der gesellschaftlichen Entwicklung (zumindest bis Ende der 60er Jahre), führte aber auch zu einer umfassenden Aenderung unseres Landschafts- und Siedlungsbildes. In der heutigen und in einer zukünftigen Stadtentwicklung muss es bei den Veränderungsprozessen darum gehen, den drei Interessengruppen Wirtschaft, Gesellschaft und Natur gleichermassen gerecht zu werden. Soll dies möglich sein, müssen Probleme und Veränderungsanzeichen frühzeitig erkannt und mit politischen und planerischen Massnahmen gelenkt werden. Auf diese Weise lassen sich (teure) Interessenkonflikte vermeiden. Im Rahmen der im Kapitel 1 erwähnten Projektpraktika erarbeiteten wir mit Hilfe von fünf gesamtstädtisch ermittelten Indikatoren die Prozesserwartungsstellen und -felder der Stadt Bern. Prozesserwartungstellen sind Gebiete mit Veränderungsanreiz, d.h. Gebiete für die sich aufgrund ihres formalräumlichen Erscheinungsbildes eine zukünftige Veränderung abzeichnet.

5.2 Die sozioökonomischen Faktoren als Ausgangspunkt zur Erkennung von zukünftigen Veränderungen

Abbildung 7 zeigt uns die Ausnützungsziffer der Volkszählungsquartiere Berns. Eine Ausnützungsziffer 2,5 heisst zum Beispiel, dass das Quartier - würde man die Baukuben wie Bausteine auf die definierte Fläche umverteilen - durchgehend mit 2,5 Stockwerken überbaut ist. Diese Abbildung zeigt uns sehr eindrücklich die Intensität von Wirtschaften und Wohnen. "Dunkle", d.h. stark ausgenützte Quartiere sind gleichzeitig auch die Quartiere mit einem hohen Veränderungsanreiz. Es sind dies insbesondere die Altstadt (auch wenn hier die Veränderungen nach aussen kaum sichtbar sind), das Monbijou, der Mattenhof, die zentralen Bereiche des Nordquartiers und die mittlere Länggasse. Interessant ist weiter wie das Aaretal als "heller" weil schwach ausgenützter Gürtel ins Auge sticht. Die in den letzten zwei Jahren vorgenommenen Untersuchungen haben im weiteren gezeigt, dass zur Erkennung der zukünftigen Probleme der Stadtentwicklung aus der Sicht der Geographie bei folgenden Faktoren angesetzt werden muss:

1. Die wirtschaftliche Verlagerung und Konzentration der Produktionszentren im regionalen, nationalen und internationalen Rahmen.
2. Die technologischen Innovationen und deren räumliche Ausbreitung.
3. Die Bevölkerungsentwicklung im Zusammenhang mit der verkehrlichen Infrastruktur und der Entwicklung der Mobilität.
4. Die Veränderung der Werte und Normen im Zusammenhang mit der Entwicklung des persönlich verfügbaren Einkommens.

Die Auflistung der vier Punkte zeigt, dass es nicht nur eine Aufgabe der Geographie sein kann, die angesprochenen Faktoren zu ermitteln. Eine breit angelegte interdisziplinäre Forschergruppe ist alleine zur Lösung dieser Aufgabe befähigt. In diesem Rahmen kann aber die Geographie, ausgehend von ihrer räumlichen Systemanalyse, einen wesentlichen Beitrag leisten.

Quellen und Statistiken

STATISTISCHES AMT DER STADT BERN, 1920ff.: Jahrbuch 1920ff., Bern

STATISTISCHES AMT DER STADT BERN, 1983: Eidgenössische Volkszählung 1980: Wohnbevölkerung, Erwerbspersonen, Haushaltungen in der Stadt Bern nach statistischen Bezirken, Bern

STATISTISCHES AMT DER STADT BERN, 1984: Eidgenössische Volkszählung 1980, Gebäude und Wohnungen in der Stadt Bern nach statistischen Bezirken, Bern

Literatur

ERARD Daniel, 1985: Bauliche Verdichtung in Berns Nordquartieren im Hinblick auf die Bauklassenplanrevision, Grundlagen zur Revision von Bauklassenplan und Bauordnung, Bericht Nr. 5, GIUB, Bern

FANKHAUSER Urs, 1984: Der Mattenhof, statistischer Bezirk 14 Mattenhof und Monbijou, Grundlagen zur Revision von Bauklassenplan und Bauordnung, Bericht Nr. 3B, GIUB, Bern

FANKHAUSER Urs, 1985: Bevölkerungsentwicklung der Stadt Bern seit 1920, Diplomarbeit, GIUB, Bern

FIDES, 1984: Fides Treuhandelsgesellschaft, Mitteilungen Nr. 2/1984, Zürich

FISCHER Georg, 1983: Die Städte - Stiefkinder der Raumordnungspolitik, in: Schriftenreihe der Orts-, Regional- und Landesplanung Nr. 30, S. 35-50 ETHZ, Zürich

GAECHTER Ernst, 1978: Untersuchungen zur kleinräumigen Bevölkerungs-, Wohn- und Arbeitsplatzstruktur der Stadt Bern, in: Geographica Helvetica 1987/1, S. 1-16, Kümmely + Frey, Bern

GAECHTER Ernst, 1982: Urbane Migrationsprozesse und -motive am Beispiel Bern, in: Stadtdynamik in der Schweiz, Jahrbuch der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft, 1982/2, S. 50-56, Birkhäuser Verlag, Basel

GLANZMANN Gabriella, 1986: Wohnsituation in der Stadt Bern, Diplomarbeit, GIUB, Bern

GUTMANN G., 1931: Kommunale Wohnungspolitik der Stadt Bern, Dissertation der juristischen Fakultät Bern, Bern

GROSJEAN Georges, 1973: Planungsatlas Kanton Bern, dritte Lieferung: Kanton Bern, Historische Planungsgrundlagen, Kantonales Planungsamt (Hrsg.), Kümmerly + Frey, Bern

HOELLHUBER Dietrich, 1981: Probleme der Kernstädte in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Behandlung in Geographischen Untersuchungen, in: Geographische Zeitschrift, 69. Jahrgang 1981, Heft 4, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden

HORNUNG Daniel, 1983: Methoden und Prognosen des Wohnungsmarktgeschehens auf regionaler Ebene, dargestellt am Beispiel von Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich, Reihe für Wirtschaftspolitik, Band 6, Verlag Rüegger, Diesshofen

HUBER Bendikt, 1981: Stadterneuerung als kontinuierlicher Prozess, in: DISP Nr. 63, Juli 1981, S. 6-10 ETHZ, Zürich

KINZEL H., 1983: Materialien zur Stadtentwicklunsplanung Bern, Grundlagen für einen quartierbezogenen Interessenausgleich am Beispiel des Cityerweiterungsgebietes Mattenhof, Einzelarbeit am ORL, Zürich

KISTLER Hans Peter, 1984: Der Breitenrain, Grundlagen zur Revision von Bauklassenplan und Bauordnung, Bericht Nr. 3F, GIUB, Bern

LASCHINGER Werner, LOETSCHER Lienhard, 1978: Basel als urbaner Lebensraum, Basler Beiträge zur Stadtgeographie, Heft 22/23, Basel

LENDI Martin, 1982: Ist Stadtentwicklung lenkbar?, in: DISP Nr. 67, Juli 1982, S. 5-10, ETHZ, Zürich

LENDI Martin, 1983/1: Stadtplanung als politische Aufgabe, in: DISP Nr. 71, April 1983, S. 5-11, ETHZ, Zürich

RUPP Marco, 1983: Der Bauliche Umwandlungsprozess in der Länggasse (Bern), eine Quartieranalyse, Geographica Bernensia P 10, GIUB, Bern

RUPP Marco (Hrsg.), 1984: Stadtplanung in der Schweiz, unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Bern, Stand 1984, GIUB, Bern

RUPP Marco (Hrsg.), 1985/1: Zwischenbericht, Grundlagen zur Revision von Bauklassenplan und Bauordnung, Bericht Nr. 4, GIUB, Bern

RUPP Marco (Hrsg.), 1985/2: Inventare, Grundlagen zur Revision von Bauklassenplan und Bauordnung, Bericht Nr. 2, GIUB, Bern

STADTPLANUNGSAMT BERN, 1983: Gemeinde Bern: Subventionsgesuch, Revision Bauklassenplan und Bauordnung, Bern

STAUB Bernhard, 1984: Rumplanerische Ueberlegungen der städtischen Bevölkerungsverluste, dargestellt am Beispiel der Stadt Bern, NDS in Raumplanung ETHZ, Zürich

Zur Struktur der Stadtentwicklung Berns

Ohne Altstadt (Stadtteil I) und Oberbottigen (stat. Bezirk 30)

Legende:

Unbebaute Fläche 1)	2)
Altbaugebiete	2)
Umstrukturierte Altbaugebiete	2)
Konzeptionelle Neubaugebiete	2)

1) Als unbebaute Flächen gelten: – Leerstehende Parzellen
– Bebaute Parzellen mit grossem, unüberbautem Anteil

2) Der Flächenanteil der jeweiligen Kategorie ist grösser als 75%

3) Der Flächenanteil wird durch zwei Kategorien charakterisiert, wovon
– eine Kategorie ≥50% und ≤75%
– die andere Kategorie ≥25% und <50%

4) Flächen mit entweder a) je ca. 25% von allen Kategorien oder
b) je ca. 30 – 33% von den Kategorien "Altbaugebiete", "Umstrukturierte Altbaugebiete" und "Konzeptionelle Neubaugebiete"

5) Gebiete mit je ca. 25% Flächenanteil "Altbaugebiete" und "Umstrukturierte Altbaugebiete" sowie 50% Flächenanteil "Unbebaute Fläche"

Bemerkungen: – Schwellenwert für die Berücksichtigung von Flächenanteilen: 25%
– Grenze zwischen Altbau und Neubau: 1944/45

1 Quadrat entspricht einer Hektare

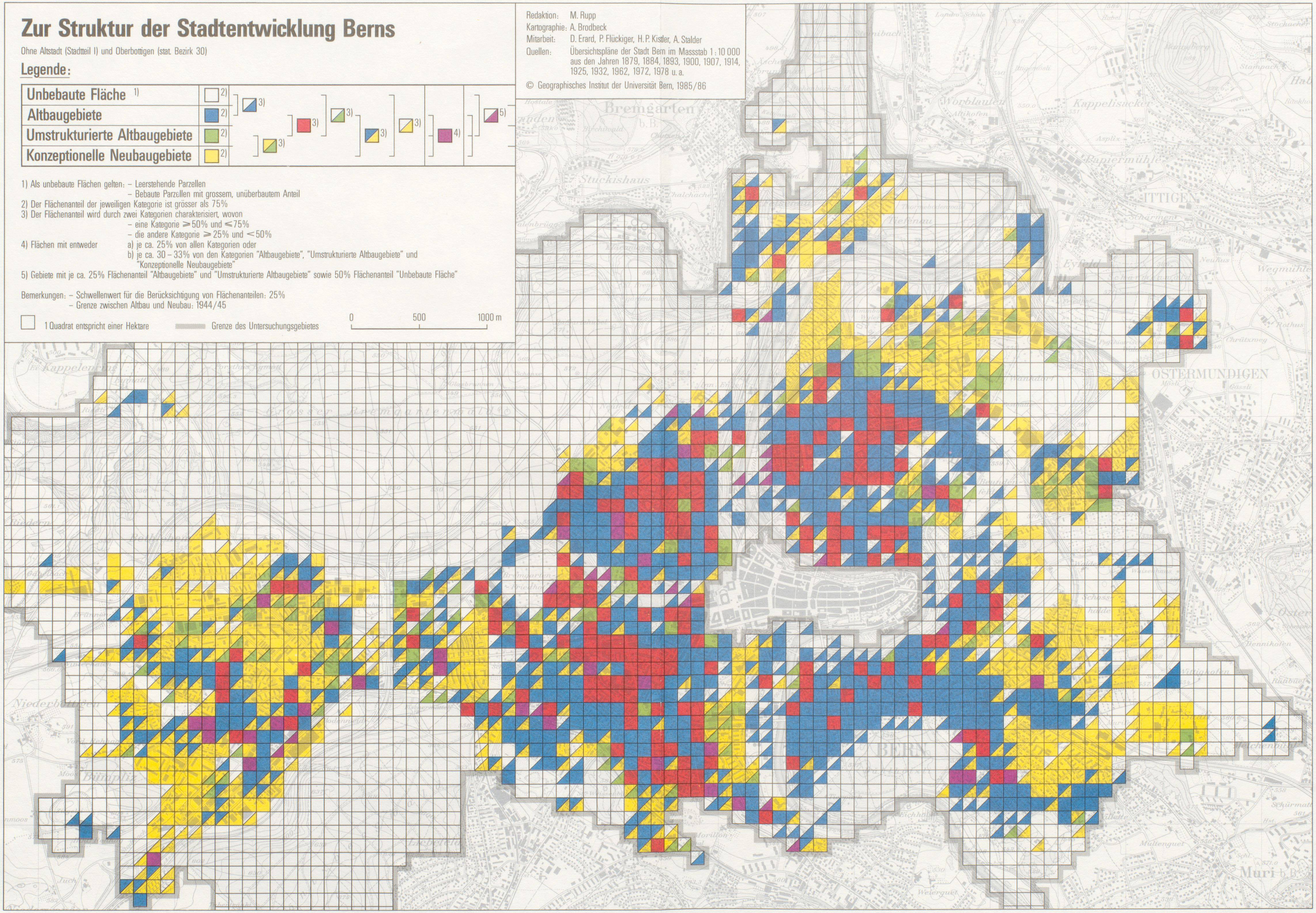
Grenze des Untersuchungsgebietes

0 500 1000 m

Redaktion: M. Rupp
Kartographie: A. Brodbeck
Mitarbeit: D. Erard, P. Flückiger, H.P. Kistler, A. Stalder

Quellen: Übersichtspläne der Stadt Bern im Massstab 1:10 000 aus den Jahren 1879, 1884, 1893, 1900, 1907, 1914, 1925, 1932, 1962, 1972, 1978 u. a.

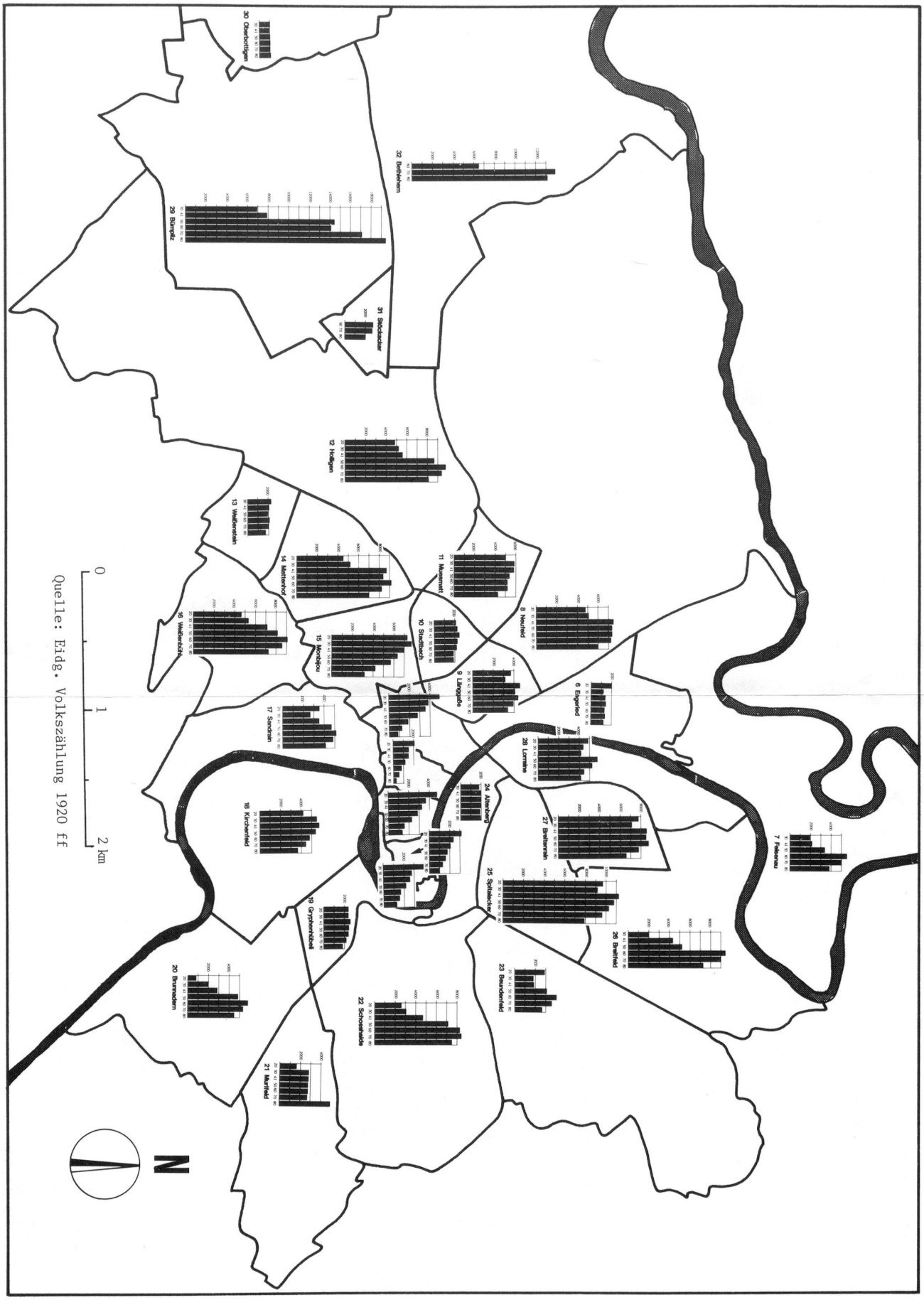
© Geographisches Institut der Universität Bern, 1985/86



Reproduziert mit Bewilligung des Bundesamtes für Landestopographie vom 3. 3. 1986

Stadt Bern:

Bevölkerungsentwicklung 1920 - 1980 nach Statistischen Bezirken



Entwurf + Kartographie: Urs Fankhauser, 1986

Stadt Bern:

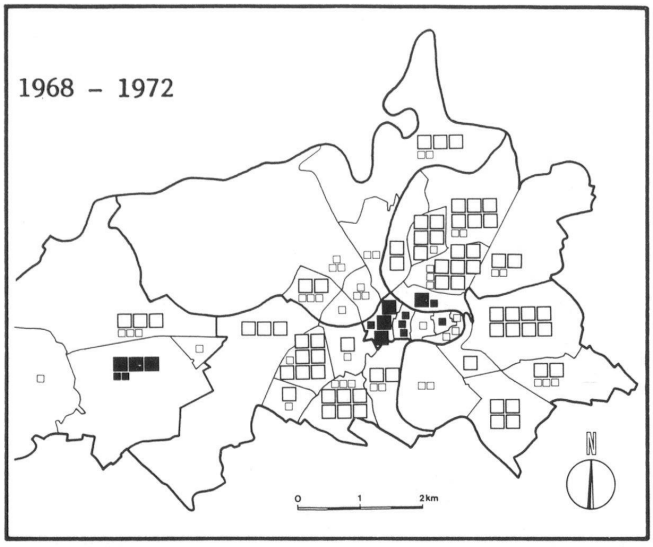
Aussen- und Binnenwanderung 1968 – 82

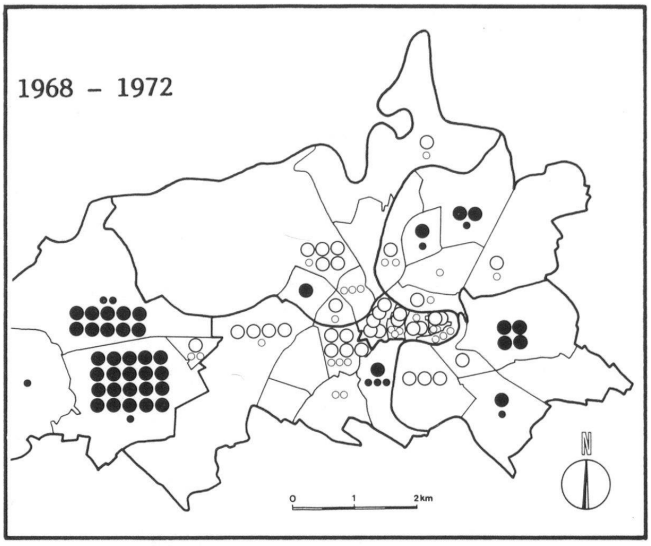
Aussenwanderungssaldi 1968–1982

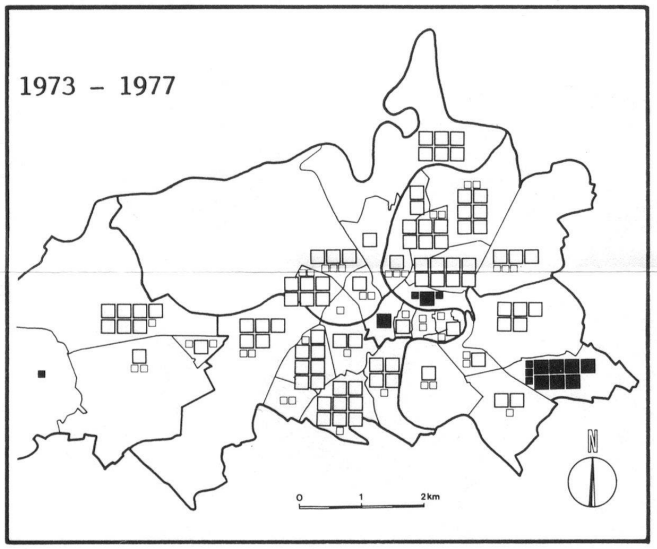
■ + 100 Personen
▪ + 25 Personen
□ – 100 Personen
▫ – 25 Personen

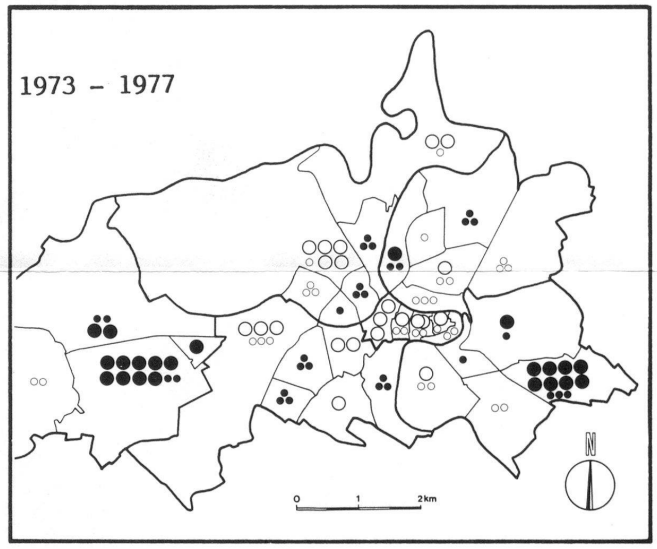
Binnenwanderungssaldi 1968–1982

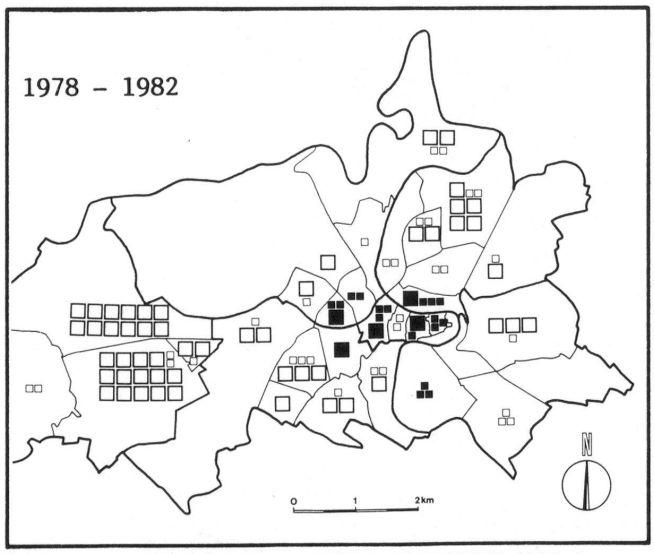
● + 100 Personen
• + 25 Personen
○ – 100 Personen
∘ – 25 Personen

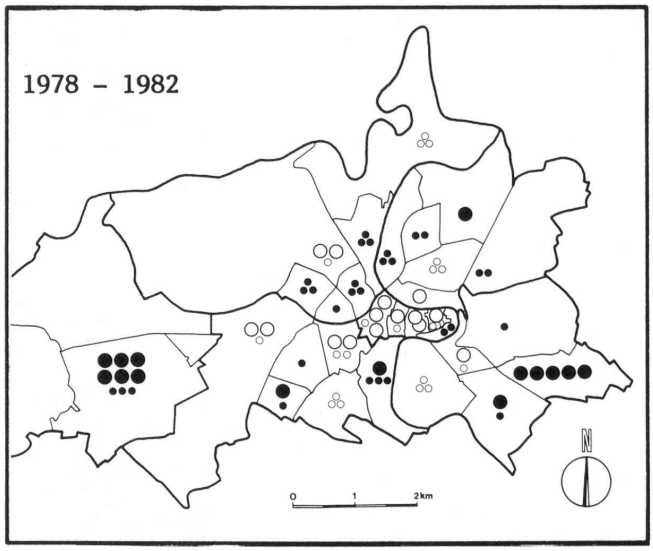












Beilage zu BERNER GEOGRAPHISCHE MITTEILUNGEN 1985

Entwurf + Kartographie: Urs Fankhauser, 1986